

Thomas Url

## Schwaches Wirtschaftswachstum dämpft 2013 Privatversicherungsgeschäft

### Schwaches Wirtschaftswachstum dämpft 2013 Privatversicherungsgeschäft

Die Versicherungsdurchdringung verharrte 2013 auf niedrigem Niveau. Bestimmend dafür waren weiterhin der Rückgang der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung und ein unterdurchschnittlicher Zuwachs in der Schaden-Unfallversicherung. Erste Vertragsabreibungen und ein flaes Neugeschäft verstärkten die Abwärtsbewegung der Prämieinzahlungen in die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge. Das anhaltend niedrige Niveau der Renditen auf dem Kapitalmarkt verhinderte trotz steigender Kapitalanlagen ein Anwachsen des Überschusses aus der Finanzgebarung. Die Umsetzung der EU-Richtlinie "Solvency II" wurde auf Jänner 2016 verschoben; Österreich wird allerdings einige Maßnahmen aus der zweiten und dritten Säule von Solvency II bereits ab 2014 umsetzen.

### Weak Growth Impacts on Private Insurance Business in 2013

The insurance penetration remained at its low level (5.3 percent) throughout 2013, the consequence of a decline in revenues from life insurance premium payments and below-average growth in the casualty and accident insurance business. With the first contracts falling due and new business moving at a sluggish rate, revenues from payments into state-aided pension provision schemes continued to fall. Persistently low yields from investment effectively prevented the surplus from investment income to grow inspite of an increase in capital investments. Implementation of the EU's "Solvency II" directive was postponed to January 2016, although Austria will put into operation some of the measures covered by the second and third pillars of Solvency II already in 2014.

#### Kontakt:

**Dr. Thomas Url:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** G22, E21, G28 • **Keywords:** Privatversicherung, Solvency II, Private Pensionsvorsorge

**Begutachtung:** Josef Baumgartner • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauniger ([Ursula.Glauniger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauniger@wifo.ac.at))

Nach dem Rückschlag im Vorjahr erholte sich die österreichische Privatversicherungswirtschaft 2013 und konnte die Prämieinnahmen wieder erhöhen. Die Lebensversicherung schrumpfte nach wie vor (-0,5%), und die Zuwächse in der Schaden-Unfallversicherung fielen schwächer aus (+1,4%); im Gegensatz dazu behielt die private Krankenversicherung ihren robusten Wachstumspfad bei (+3,8%). Die seit einigen Jahren beobachtete Verschiebung der Struktur der Prämieinnahmen von der Lebensversicherung zu den anderen Versicherungsabteilungen hielt damit an (Übersicht 1).

In Relation zum nominellen Bruttoinlandsprodukt blieben die Prämieinnahmen damit insgesamt stabil; die Versicherungsdurchdringung verharrte auf 5,3%, der Abstand zum westeuropäischen Durchschnitt (9%) weitete sich dadurch auf knapp 4 Prozentpunkte aus. Sowohl in der Lebensversicherung (5,4%) als auch in der Nicht-Lebensversicherung (3,6%) lag Österreichs Versicherungsdurchdringung unter den westeuropäischen Vergleichswerten (Swiss Re, 2014).

Der österreichische Versicherungsmarkt zog 2013 weniger zusätzliche Anbieter aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an als in den Vorjahren. Unternehmen mit Stammsitz in einem EWR-Land haben erleichterten Zutritt zum österreichischen Versicherungsmarkt und unterliegen der Aufsicht des jeweiligen Herkunftslandes. Mit 29 Zweigniederlassungen war 2013 nur ein zusätzlicher Versicherer in Österreich aktiv. Die Zahl der zum Dienstleistungsverkehr angemeldeten Unternehmen war mit 903 um nur 6 höher als im Vorjahr. Aktuelle Daten über die Einnahmen der angemeldeten Versicherer in Österreich stehen noch nicht zur Verfügung.

*Die Versicherungsdurchdringung verharrte 2013 auf niedrigem Niveau.*

*Nur wenige neue ausländische Anbieter nutzten 2013 auf dem österreichischen Versicherungsmarkt die Vorteile des direkten Dienstleistungsverkehrs.*

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungs- durchdringung <sup>1)</sup> In % des BIP
2009	18.108	40,9	8,8	50,3	5,9
2010	18.713	40,0	8,8	51,2	5,8
2011	18.922	36,7	9,0	54,3	5,5
2012	18.743	34,6	9,4	56,0	5,3
2013	18.922	34,1	9,7	56,2	5,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Die Einnahmen österreichischer Versicherer im Ausland entwickelten sich 2013 vor allem in Westeuropa dynamisch.

Der EWR erleichtert auch österreichischen Versicherungsunternehmen den Zugang zu Auslandsmärkten. Dabei standen bisher die Märkte in Ostmitteleuropa und Südeuropa wegen der vergleichsweise geringen Verbreitung von Versicherungsprodukten im Mittelpunkt des Interesses, während der reifere westeuropäische Markt weniger intensiv bearbeitet wurde. Insgesamt nahmen österreichische Versicherer 9,4 Mrd. € im Ausland ein; davon stammte der Großteil aus den EWR-Ländern Ostmittel- und Südeuropas (6,5 Mrd. €) und den anderen Ländern dieser Region (0,8 Mrd. €). Während das Prämienvolumen aus Ostmittel- und Südeuropa rückläufig war, verzeichneten die österreichischen Versicherer in Westeuropa 2013 einen sprunghaften Anstieg der Prämieinnahmen um knapp 30% auf 2,2 Mrd. €. Die beiden auf diesen Märkten tätigen österreichischen Gruppen meldeten 2013 keine Akquisition in dieser Region, ein Teil dieser Entwicklung ist einer Korrekturbewegung gegenüber dem schwachen Vorjahr zuzuschreiben. Im Jahr 2012 stieg der Anteil der Auslandsprämien an den Einnahmen inländischer Versicherungsgruppen weiter auf 46,1% (2011: 44,1%).

Der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs erwartet 2014 ein weiterhin verhaltenes Prämienwachstum (+1,8%). Die Lebensversicherung wird die Entwicklung des Gesamtmarktes weiterhin dämpfen (+0,3%), wenn auch zuletzt hohe Zuwächse der Einmalerlöge in der Lebensversicherung bekanntgegeben wurden (VVO-Pressenotiz vom 29. Juli 2014). Das Wachstum dürfte sich aber auch in der Krankenversicherung (+3,1%) und in der Schaden-Unfallversicherung (+2,6%) abschwächen. Die Versicherungsdurchdringung würde damit 2014 auf 5,2% des nominellen BIP sinken.

Die Prämieinnahmen entwickelten sich auf dem europäischen Versicherungsmarkt 2013 uneinheitlich.

Der westeuropäische Versicherungsmarkt entwickelte sich 2013 sehr unterschiedlich (Swiss Re, 2014). Die Prämieinnahmen der Nicht-Lebensversicherungen litten nach wie vor unter dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und schrumpften real auf Dollarbasis leicht (-0,3%). Während kleinere Märkte wie Luxemburg und Malta ein robustes Wachstum verzeichneten, ging das Prämienvolumen in Südeuropa deutlich zurück; in Deutschland stagnierte der Nicht-Lebensmarkt preisbereinigt (+0,6%). Die Lebensversicherung expandierte real auf Dollarbasis um insgesamt 4%. In diesem Bereich wich die Entwicklung in einzelnen Ländern noch deutlicher vom westeuropäischen Durchschnitt ab (Portugal +52%, Italien +21%, Belgien -21%, Griechenland -13%). Ostmittel- und Südosteuropa folgten einem anderen Trend: Dort geriet das Prämienvolumen der Lebensversicherung real und in einheitlicher Währung unter Druck (-3,2%), vor allem weil 2013 in Polen, dem größten Lebensversicherungsmarkt der Region, die begünstigte Besteuerung der Zinserträge von Einmalerlögen abgeschafft wurde.

## 1. Umsetzung der EU-Richtlinie "Solvency II" auf Jänner 2016 verschoben

Der Zeitplan zur Einführung einheitlicher Regeln für die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen in der EU wurde im Dezember 2013 in der Quick-Fix-2-Richtlinie (2013/58/EU) beschlossen. Darin wird das Datum für die Anwendung der Solvency-II-Richtlinie bzw. die Aufhebung der derzeit geltenden Solvency-I-Richtlinie von 1. Jänner 2014 um zwei Jahre auf 1. Jänner 2016 verschoben. Ende 2013 wurden auch die Trilog-Verhandlungen über die Omnibus-II-Richtlinie (zur Änderung der Richtlinien 2003/71/EG und 2009/138/EG) abgeschlossen. Darin werden die Aufgaben und

Kompetenzen der EU-Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge zur Änderung der Richtlinien (EIOPA) im Detail definiert und die in den QIS-5-Studien zuvor aufgedeckten Unzulänglichkeiten in der Festlegung der Eigenmittelunterlegung langfristiger Garantien korrigiert. Die neue Vorgangsweise zur Berechnung der Aufschlagsätze für Währungs-, Länder-, Liquiditätsrisiken und die Methode zur Extrapolation der Zinsstrukturkurve in weit in der Zukunft liegende Laufzeitenbereiche, die kaum gehandelt werden und für die es daher auch keine aussagekräftigen Marktpreise gibt, soll in Zukunft überhöhte Schwankungen des Eigenmittelbedarfs vermeiden.

EIOPA veröffentlichte im Oktober 2013 Leitlinien, mit denen die Anwendung eines Teils der Solvency-II-Anforderungen bereits auf Anfang 2014 vorgezogen wurde<sup>1)</sup>. Diese Bereiche von Solvency II umfassen vor allem die zweite und die dritte Säule der einheitlichen europäischen Regulierung von Versicherungsunternehmen und regeln die Grundsätze der Unternehmensführung von Versicherungsunternehmen (Governance-System), die vorausschauende Beurteilung der Risiken im Unternehmen, die Berichterstattungspflichten an die nationalen Aufsichtsbehörden sowie das Verfahren für den Einsatz interner Modelle zur Berechnung des Eigenmittelbedarfs. Interne Modelle ermöglichen den Versicherungsunternehmen – anders als das Standardmodell – die Berücksichtigung der eigenen Risikolage für die Berechnung des Eigenmittelerfordernisses.

Nach Maßgabe der neuen EIOPA-Leitlinien müssen die Grundsätze der Unternehmensführung österreichischer Versicherungsunternehmen ein wirksames Risikomanagementsystem umfassen, das bestehende und potentielle Risiken für das Versicherungsunternehmen laufend beobachtet, steuert und darüber an die Aufsicht bzw. ab 2016/17 auch an die Öffentlichkeit berichtet. Das Risikomanagementsystem gilt zusätzlich zu den bestehenden regulatorischen quantitativen Grenzwerten. Die Risikomanagementfunktion wird künftig durch eine versicherungsmathematische Funktion (VMF), interne Kontrollen und die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvability Assessment – ORSA) unterstützt werden. Die VMF soll die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen koordinieren und bestätigen, und sie soll einschätzen, ob die Tarife für einzelne Produkte zur Deckung der Schäden und Kosten ausreichen. Die VMF beurteilt auch die Angemessenheit bestehender Rückversicherungsvereinbarungen. Im ORSA-Prozess sollen die bestehenden oder möglichen kurz- und langfristigen Risiken des Versicherers identifiziert und bewertet werden. Diese Bewertung soll unabhängig von den Aktivitäten zur Berechnung der Eigenmittelerfordernisse in der ersten Säule erfolgen und bei einer möglichen Unterschreitung der Eigenmittelerfordernisse Maßnahmen zur Verminderung des Risikos oder zur Beschaffung zusätzlicher Eigenmittel in Gang setzen. Falls die Versicherungsaufsicht eine mangelnde Reaktion der Unternehmensleitung auf die Ergebnisse des ORSA-Berichtes feststellt, kann sie die Hinterlegung zusätzlicher Eigenmittel verlangen.

Die in der zweiten Säule zusammengefassten Aktivitäten haben das Ziel, die Interessen der Versichertengemeinschaft und der Unternehmensleitung eines Versicherungsunternehmens zusammenzuführen. Während die Unternehmensleitung den Risikoausgleich zwischen den Versicherungsnehmern organisiert, findet der tatsächliche Risikoausgleich unter den Versicherungsnehmern statt. Diese Trennung kann Interessenkonflikte zur Folge haben: Niedrige Prämienätze ermöglichen z. B. dem Management die Ausweitung des Marktanteils, sie gefährden aber gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Versicherers. Durch die Grundsätze der Unternehmensführung soll die Fähigkeit zur dauerhaften Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft gesteigert werden.

Bis 1994 unterlag die europäische Versicherungswirtschaft der materiellen Versicherungsaufsicht und musste daher in der Tarifgestaltung den Vorgaben der Aufsichtsbehörde folgen. Mit der Einführung des Binnenmarktes für Versicherungsdienstleis-

*Österreich wird einige Maßnahmen aus der zweiten und dritten Säule von Solvency II bereits ab 2014 umsetzen.*

*Neue Einrichtungen wie das Risikomanagement, die versicherungsmathematische Funktion, interne Kontrollen und die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung sollen die Interessen von Versichertengemeinschaft und Versicherungsunternehmen besser in Einklang bringen.*

<sup>1)</sup> [https://eiopa.europa.eu/fileadmin/tx\\_dam/files/consultations/IssuesPaperORSA.pdf](https://eiopa.europa.eu/fileadmin/tx_dam/files/consultations/IssuesPaperORSA.pdf).

Der mit Solvency II verbundene zusätzliche Verwaltungsaufwand für Versicherungsunternehmen könnte bestehende Größenvorteile in der Versicherungswirtschaft und die Marktkonzentration erhöhen.

tungen wurde auch die materielle Versicherungsaufsicht abgeschafft, und die Versicherer hatten größeren Freiraum in der Gestaltung ihrer Versicherungsprodukte. In Österreich wurden die in Solvency II formalisierten Anforderungen an das Risikomanagement und die Steuerung der Risikolage bereits bisher wahrgenommen. Zusätzlich boten die Deckungsrückstellung und der damit verbundene Deckungsstock, die vorsichtige Wahl versicherungsmathematischer Parameter und die Kontrolle durch einen verantwortlichen Aktuar eine kostengünstige Absicherung der Ansprüche der Versicherten. Die Umsetzung von Solvency II erfordert durch die systematische, strategische und fortwährende Beschäftigung mit der eigenen Risikolage zusätzliche Ressourcen und könnte eine Welle von Übernahmen und Verschmelzungen auslösen, weil Versicherungsunternehmen mit zunehmender Größe ihr Risiko stärker diversifizieren und dadurch den Eigenmittelbedarf senken können; der Einsatz eines internen Modells zur Berechnung des Eigenmittelbedarfs verstärkt diesen Effekt, während die Möglichkeit zur Rückversicherung dämpfend wirkt. *Stoyanova – Gründl (2014)* erwähnen Größen- und Diversifikationsvorteile. Zusätzlich könnte die geringere Schwankung des Cash-Flows in einem größeren Versicherungsunternehmen eine Senkung des Risikoaufschlages und damit einen Kursgewinn für die Aktionäre bewirken. Dem stehen Nachteile aus den Kosten der Übernahme bzw. Verschmelzung und aus der nachfolgend höheren Komplexität des Unternehmens entgegen. Sie entstehen durch Effizienzverluste, wenn das neue größere Unternehmen nicht mehr auf Kernkompetenzen im Hauptgeschäftsfeld konzentriert ist und den strategischen Fokus verliert (*Cummins – Nini, 2002, Cummins et al., 2010*).

## 2. Entwicklung der Versicherungsprämien dämpft allgemeinen Preisauftrieb

Der allgemeine Preisauftrieb beruhigte sich 2013 weiter. Die im Verbraucherpreisindex enthaltenen Versicherungsprodukte verstärkten mit einem Anstieg von insgesamt 1% diese Tendenz (Übersicht 2). Die preisdämpfende Wirkung der Versicherungsprodukte resultierte vor allem aus Preisnachlässen in der privaten Krankenzusatzversicherung, die im VPI von allen Versicherungsprodukten das größte Gewicht hat. Im Vergleich mit anderen Konsumgütern und Dienstleistungen entwickelten sich auch die Standardtarife von Kfz-Rechtsschutzversicherungen unterdurchschnittlich. Hingegen zogen die Standardtarife von Hausrats- und Eigenheimversicherungen überproportional an, und auch in der Kfz-Teilkaskoversicherung konnte die Versicherungswirtschaft Preiserhöhungen durchsetzen. Im 1. Halbjahr 2014 bewegte sich der Beitrag der Versicherungsprodukte zum VPI im Durchschnitt der Vorjahre.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2014 Gewicht in %	2009	2010	2011	2012	2013	2014 <sup>1)</sup>
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien							
Hausratsversicherung	0,295	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,1
Bündelversicherung für Eigenheim	0,700	+ 5,6	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,9
Krankenzusatzversicherung	1,827	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	- 1,3	+ 1,7
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	0,884	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,7
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,039	- 1,2	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,4
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,545	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 3,2	+ 2,3
Privatversicherungsformen insgesamt	4,290	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,2
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,14	+ 0,11	+ 0,12	+ 0,10	+ 0,04	+ 0,09

Q: Statistik Austria. – 1) Jänner bis Juli.

Der Preisdruck durch hohe Schadenquoten war 2013 gering. In einzelnen Versicherungssparten besteht sogar Spielraum für eine Prämien-senkung.

Mit Ausnahme der Transportversicherung erzeugen hohe Schadenquoten derzeit keinen Druck auf die Preise von Versicherungen. Hatten in den letzten Jahren überdurchschnittlich hohe Leitungswasserschäden das technische Ergebnis der Gebäudeversicherungen gedrückt, so entspannte sich die Lage 2013 deutlich, teilweise auch als Folge der Prämienanhebungen. Einen gewissen Freiraum für Prämiennachlässe bieten weiterhin niedrige Schadenquoten in den Abteilungen Feuer Industrie, allgemeine Haftpflicht, Haushalt, Kfz-Haftpflicht und Kfz-Insassen-Unfall.

Die amtliche Preisstatistik erfasst die Prämie für einen Standardversicherungsvertrag und berücksichtigt daher keine Bonusstufen, Rabatte oder Selbstbehalte, die den Kaufpreis einer Versicherung für die Versicherten deutlich senken können. Solche Effekte sind anhand der Veränderung der durchschnittlichen Prämie besser einzuschätzen, andererseits ist diese Kennzahl vom Umfang der Versicherungsdeckung abhängig und damit nicht um Qualitätsänderungen bereinigt. Im Jahr 2013 divergierten im Kfz-Bereich die Entwicklung der durchschnittlichen Prämie und jene der Standardtarife im VPI beträchtlich. Die durchschnittliche Prämie einer Kfz-Haftpflichtversicherung sank z. B. um 0,8%; in der Kfz-Kaskoversicherung stieg sie um nur 2,7%, während der VPI höhere Preissteigerungsraten anzeigte. In der Schadenversicherung zog die durchschnittliche Prämie um 3,1% an, was etwa den Werten des VPI entspricht. Die aktuellen Daten verstärken den schon im Vorjahr verzeichneten Eindruck (Url, 2013), dass der Preiswettbewerb auf dem österreichischen Schadenversicherungsmarkt seit 2012 an Intensität verloren hat.

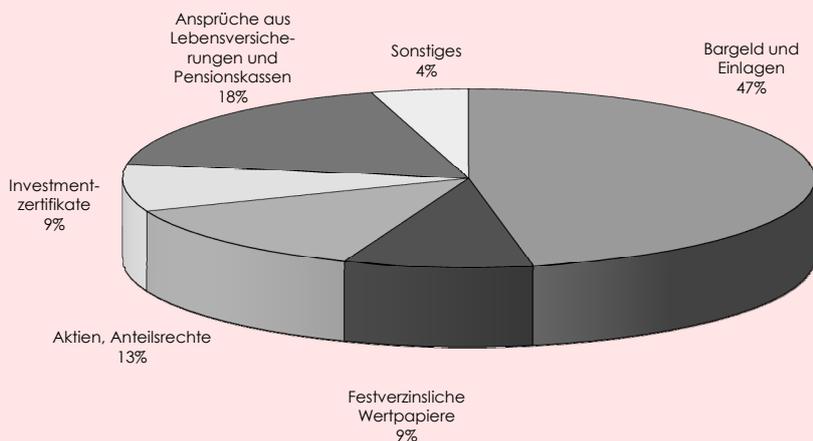
*Ein Anstieg der Versicherungspreise im Verbraucherpreisindex spiegelt sich – mit Ausnahme der Kfz-Versicherung – auch in einer Zunahme der Durchschnittsprämien.*

### 3. Prämienvolumen der Lebensversicherung weiterhin rückläufig

Im Jahr 2013 schrumpften die realen verfügbaren Einkommen der Privathaushalte um 1,1%; gleichzeitig ging die Sparquote (ohne Berücksichtigung der betrieblichen Versorgungsansprüche) von 7% (2012) auf 6,2% (2013) zurück. Der Zinssatz für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren erreichte 2013 mit 2% einen Tiefstwert. Insgesamt boten die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen also kein günstiges Umfeld für den Vermögensaufbau. Dementsprechend war die Zunahme des Geldvermögens privater Haushalte um 1,4% durch Kursgewinne getragen. Die Lebensversicherungen bzw. Pensionskassen konnten ihren Anteil am Geldvermögen weniger durch zusätzliche Prämieinnahmen als durch die Zuschreibung von Kapitalerträgen auf die Konten der Versicherten halten (Deckungsrückstellungen; Abbildung 1).

Abbildung 1: Verteilung des privaten Geldvermögens

2013



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 498 Mrd. €.

Die Zahl der neu versicherten Risiken war mit insgesamt 1,75 Mio. Neuverträgen erheblich niedriger als im Vorjahr (–14,1%). Dies gilt mit Ausnahme der Erlebens- (+0,1%) und der Berufsunfähigkeitsversicherung (+0,8%) für alle Bereiche der Lebensversicherung. Besonders betroffen waren die Kapital- (–21%) und die Risikoversicherung einschließlich der Kreditrestschuldversicherung (–21,5%). Weniger ausgeprägt war der Rückgang der Neuabschlüsse in der Renten- (–7,8%) und in der fondsgebundenen Lebensversicherung (–8,3%).

*Das Neugeschäft verlief in der Lebensversicherung flau; besonders stark rückläufig waren die Neuabschlüsse in der Kapitalversicherung.*

Die Einführung von Unisex-Tarifen hatte in der Lebensversicherung keine merklichen Auswirkungen. Die gegenläufigen Interessen von Frauen und Männern gleichen einander aus.

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern erfordert in der gesamten Versicherungswirtschaft seit Anfang 2013 eine Umstellung auf Unisex-Tarife. In der Lebensversicherung waren davor – wegen der höheren Lebenserwartung der Frauen – die Prämien für Frauen höher als für Männer. Vor der Umstellung hätten daher Vorzieheffekte von Männern auftreten können, gleichzeitig hatten Frauen einen starken Anreiz zur Verschiebung des Abschlusses ins Jahr 2013. Im Jahr vor der Umstellung stieg die Zahl der Neuverträge in der davon am stärksten betroffenen Rentenversicherung rasant von 147.000 auf 267.000. Diese Entwicklung war jedoch mit einer Umbuchung in der Verbandsstatistik des VVO von fondsgebundenen Lebens- auf Rentenversicherungen verbunden. Mit einem Rückgang auf 246.000 Neuverträge lag die Rentenversicherung 2013 im Markttrend. Die entgegengesetzten Anreize aus der Umstellung auf Unisex-Tarife für Männer und Frauen dürften einander tatsächlich aufgehoben haben. Diese Interpretation wird auch durch eine Umfrage in fünf europäischen Ländern bestätigt (Schmeiser – Störmer – Wagner, 2014): Versicherte wurden über ihre Akzeptanz verschiedener Kriterien der Prämien differenzierung in vier Versicherungsprodukten (Kfz-, Renten-, Lebens- und Krankenversicherung) befragt. In der Kfz-Versicherung waren dies z. B. die Kriterien Alter des oder der Versicherten, Eigenschaften des Fahrzeuges, durchschnittliche Fahrleistung pro Jahr und Geschlecht. Im Allgemeinen stimmen die Versicherten fairen Prämien zu (Homburg – Koschate – Hoyer, 2005), d. h. sie akzeptieren rein risikobedingte Zu- und Abschläge zur Versicherungsprämie. Im Neukauf sind jedoch niedrige von hohen Risiken für das Vertriebspersonal nur anhand grober Kriterien zu unterscheiden. Erst nach Abschluss des Versicherungsvertrages lernt das Versicherungsunternehmen mehr über die Risikoeigenschaften der Versicherten und kann z. B. durch Prämienrückgewähr bei Ausbleiben von Schäden individuelle Abweichungen von allgemeinen Kriterien monetär rückvergüten. Wie die Umfrageergebnisse von Schmeiser – Störmer – Wagner (2014) zeigen, ist die Akzeptanz von Risikofaktoren in der Prämienkalkulation für Kfz- und Risikolebensversicherungen höher als in der Kranken- und Rentenversicherung, wobei das Kriterium Alter die höchste und das Kriterium Geschlecht die niedrigste Zustimmung findet. Dennoch lassen die Umfrageergebnisse keine Ablehnung der Anwendung des Risikofaktors Geschlecht erkennen.

Im zweiten Teil der Umfrage wurden den Befragten nicht nur Kriterien vorgelegt, sondern auch die damit verbundenen Preisunterschiede der Versicherungsprodukte. Angesichts dieser Zusatzinformation ist demnach die Zustimmung zum Einsatz des Risikofaktors Geschlecht in der Prämienkalkulation deutlich geringer. Die aus dem Geschlecht resultierenden Preisunterschiede werden generell als zu hoch empfunden. Für Risikolebens- und Rentenversicherungen ist die Ablehnung besonders groß. Selbst in der Kfz-Versicherung werden die Prämienunterschiede nur als neutral beurteilt, die Zustimmung zum Kriterium Geschlecht geht somit nach Kenntnis der damit verbundenen Preisunterschiede verloren. Interessanterweise nehmen Frauen wie Männer diese kritische Haltung ein, auch wenn sie dadurch für die betreffende Versicherungsart potentiell einen finanziellen Vorteil hätten.

2013 verzeichnete die Lebensversicherung neuerlich einen Rückgang der Prämieinnahmen. Gesetzliche Erleichterungen könnten 2014 der Branche wieder Schwung verleihen.

Der Rückgang der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung verlangsamte sich 2013 (Übersicht 3), weil der Einbruch der Einmalumlage abebbte (-1,1%) und die Verträge mit laufenden Einzahlungen stabil blieben (-0,1%). Für das Jahr 2014 erwarten die Versicherer wieder einen leichten Anstieg der Prämieinnahmen, weil die gesetzliche Mindestlaufzeit für Einmalumlage in der Lebensversicherung von 15 auf 10 Jahre verkürzt wurde, wenn die Begünstigten beim Vertragsabschluss das 50. Lebensjahr vollendet haben (BGBl. I Nr. 13/2014). Einen weiteren positiven Impuls könnten 2014 die Umsetzung des Pensionskontos und die damit einhergehende Transparenz von Ansprüchen an die öffentliche Pensionsversicherung bringen.

Erste Vertragsabreibungen und ein flaves Neugeschäft verstärkten die Abwärtsbewegung der Prämieinzahlungen in die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge.

Die im Vorjahr erstmals verzeichnete Abwärtsbewegung der Einnahmen in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge verstärkte sich 2013 leicht (-3,3%). Ursache dafür waren sowohl erste Vertragsabreibungen als auch ein flaves Neugeschäft. Die Halbierung der Förderbeträge seit dem Jahr 2012 dämpft nunmehr nicht nur die durchschnittliche Prämienhöhe (2013 -3,2% auf 632 €), sondern auch die Vertragszahlen (-0,1%).

## Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Netto- prämien <sup>1)</sup>	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwen- dungen für Versicherungs- fälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €	
2009	7.398	7.188	97,2	1.883	5.799	3.256
2010	7.483	7.268	97,1	2.208	5.854	3.221
2011	6.939	6.704	96,6	1.846	6.651	316
2012	6.488	6.269	96,6	2.200	6.407	2.448
2013	6.454	6.345	98,3	2.182	6.369	1.189
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2009	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 14,7	+ 5,9	+299,9
2010	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 17,3	+ 1,0	- 1,1
2011	- 7,3	- 7,8	- 0,5	- 16,4	+ 13,6	- 90,2
2012	- 6,5	- 6,5	+ 0,0	+ 19,2	- 3,7	+675,9
2013	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7	- 0,8	- 0,6	- 51,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Geschätzt.

Die Höhe des Fördersatzes ist variabel und hängt von der Entwicklung der Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen ab. Da die Niedrigzinsperiode 2014 anhielt, wird der Fördersatz 2015 weiterhin auf dem gesetzlichen Mindestwert von 4,25% liegen. Der Fördersatz wird auf die eingezahlte Prämie angewandt; 2014 beträgt der geförderte Höchstbetrag für die laufende Einzahlung 2.495 €, d. h. höhere Einzahlungen in eine prämienbegünstigte Altersvorsorge erhalten keine Förderung. 2015 wird der geförderte Höchstbetrag voraussichtlich auf 2.555 € steigen.

Die Kapitalerträge der Lebensversicherung entwickeln sich seit einigen Jahren turbulent. Nach der dynamischen Steigerung 2012 stagnierten sie 2013. Trotz der langfristig orientierten und auf sichere Veranlagungsformen beschränkten Investitionspolitik der Versicherungswirtschaft erzeugten die Finanzmarktkrisen seit dem Jahr 2000 eine Phase hoher Volatilität. Bei stark steigenden Kapital- bzw. Zinsaufwendungen (+28,4%) konnte die Versicherungswirtschaft die Bruttoerträge aus Kapitalanlagen bzw. die Zinserträge 2013 erstmals seit einigen Jahren um 4,9% ausweiten. Trotz günstiger Kapitalerträge und stabiler Prämieinnahmen schrumpften die Nettozuweisungen zu den versicherungstechnischen Reserven auf die Hälfte. Die Versicherungsunternehmen mussten 2013 eine Zinszusatzrückstellung von 80 Mio. € aufbauen; sie dient der Absicherung zugesagter Garantien für Mindestkapitalerträge aus der Vergangenheit. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg in der Lebensversicherung 2013 auf 366 Mio. €. Damit lag die Eigenkapitalrendite in der Lebensversicherung mit 11,9% nur geringfügig unter dem Vorjahreswert (2012: 12,2%).

Der Fördersatz für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge bleibt 2014 und 2015 auf dem gesetzlichen Mindestwert von 4,25%.

Die Kapitalerträge der Lebensversicherung stagnierten 2013; die Zuweisung zu den versicherungstechnischen Rückstellungen wurde gegenüber dem Vorjahr sogar halbiert.

#### 4. Hohe Steigerung der Leistungsfälle in der Krankenversicherung

Die Kostensteigerungen im öffentlichen Gesundheitssystem unterliegen seit 2013 dem Gesundheits-Zielsteuergesetz (BGBl. I Nr. 81/2013) und sollen damit unter dem Höchstwert von 3,6% pro Jahr bleiben. Tatsächlich konnten die Ausgaben in der öffentlichen Krankenversicherung mit einem Zuwachs von 3,2% gegenüber 2012 unter diesem Grenzwert gehalten werden, obwohl sich die Zahl der anspruchsberechtigten Personen (+0,8%) parallel zur Zunahme der aktiv Erwerbstätigen erhöhte. Die Spitalsfälle und die Heilmittelverordnungen in der Sozialversicherung nahmen geringfügig und die Zahl der Spitalstage (-1,4%) etwas deutlicher ab. Im Gegensatz zum öffentlichen Bereich verzeichnete die private Krankenzusatzversicherung 2013 einen außergewöhnlich hohen Anstieg der Schaden- und Leistungsfälle (+15,6%), der sich jedoch nicht in einer entsprechenden Aufwandsdynamik niederschlug (Übersicht 4). Die Entwicklung der Leistungen wurde durch niedrigere Auszahlungen an Spitalsgeld (-0,7%) und durch ein verhaltenes Wachstum der Krankenhauskostenersätze (+1,4%) gebremst. Zur Ausweitung des Aufwandes für Versicherungsfälle trugen nur die vom Umfang weniger bedeutenden Ausgaben für die Unterstützung

von Heilbehelfen (+27,8%) und Arztleistungen (+11,2%) bei. Dadurch sank die Schadenquote fast wieder auf den bisherigen Tiefstwert des Jahres 2011.

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2009	1.599	1.115	69,8	123	259
2010	1.644	1.126	68,5	163	277
2011	1.704	1.145	67,2	143	305
2012	1.762	1.192	67,6	160	302
2013	1.828	1.231	67,3	207	326
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2009	+ 3,7	+ 1,8	- 1,8	+ 31,7	+ 19,0
2010	+ 2,8	+ 1,0	- 1,8	+ 32,2	+ 6,8
2011	+ 3,6	+ 1,7	- 1,8	- 12,3	+ 10,2
2012	+ 3,4	+ 4,0	+ 0,6	+ 12,0	- 1,2
2013	+ 3,8	+ 3,3	- 0,4	+ 29,2	+ 8,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Der Widerspruch zwischen dem Rückgang der Preise im Verbraucherpreisindex und dem Anstieg der Durchschnittsprämien erschwert die Interpretation der wirtschaftlichen Lage der privaten Krankenversicherung.

Die Prämieinnahmen stiegen in der privaten Krankenzusatzversicherung 2013 etwas stärker als im Durchschnitt der Vorjahre. Neben dem kräftigen Impuls durch die Steigerung der versicherten Risiken in der Einzel- und der Gruppenversicherung (+2,2%) trug dazu auch der Anstieg der durchschnittlichen Prämienzahlungen auf 611 € p. a. (+1,6%) bei. Da der VPI einen Rückgang der Preise von Krankenversicherungen anzeigt (Übersicht 2), könnte eine Ausweitung des Deckungsumfanges für die Zunahme der Durchschnittsprämie bestimmend sein; ein Messfehler in der Erhebung des Preisindex kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Der Überschuss aus der Finanzgebarung nahm 2013 in der Krankenversicherung kräftig zu und erleichterte damit sowohl die Anhebung der versicherungstechnischen Reserven als auch einen kräftigen Anstieg des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (2013: 144 Mio. €). Nach 29,1% im Vorjahr stieg die Eigenkapitalrendite in der Krankenversicherung 2013 auf 37,8%.

## 5. Schaden-Unfallversicherung verzeichnete Mengen- und Preiserhöhungen

Die Leistungen der Schaden-Unfallversicherung beruhigten sich 2013 nach dem steilen Anstieg im Vorjahr. Sowohl aus der Unfall- als auch aus der Schadenversicherung wurden weniger Schaden- und Leistungsfälle gemeldet. Insbesondere in der Sturmschaden- und Elementarversicherung entspannte sich die Lage: Nach der Zunahme um 55.000 im Jahr 2012 sank die Zahl der Schäden 2013 um 16.000, obwohl das Hochwasser im Juni 2013 Schäden im Wert von etwa 250 Mio. € verursachte.

Die Zahl der Verkehrsunfälle ging 2013 deutlich zurück; trotz dieser positiven Entwicklung stieg die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle in der Kfz-Versicherung.

In Österreich ereigneten sich 2013 deutlich weniger Verkehrsunfälle als im Jahr davor; auch die Zahl der Verletzten und Getöteten war 2013 niedriger. Die Kfz-Versicherung verzeichnete dennoch etwas mehr Leistungsfälle als 2012 (+0,9%). Trotz insgesamt sinkender Schaden- und Leistungsfälle zahlte die Schaden-Unfallversicherung höhere Leistungen an die Versicherten aus (Übersicht 5).

Das Prämienwachstum ging in der Schaden-Unfallversicherung sowohl auf die Zunahme versicherter Risiken (+1,1%) als auch auf Prämiensteigerungen zurück, wobei die Preiserhöhungen in der Kfz-Versicherung niedriger ausfielen. In der Schadenversicherung profitierten besonders Versicherungen gegen Glasbruch (+2,8%), Schäden an Maschinen- und Elektrogeräten (+2,1%) und die allgemeine Haftpflichtversicherung (+2,4%) von einer Ausweitung der Nachfrage und verzeichneten eine Zunahme der Zahl versicherter Risiken. Unterdurchschnittlich entwickelten sich die Feuerversicherung (+0,5%) und die als "sonstige Versicherung" zusammengefassten Sparten (-2,1%). Der Überschuss aus der Finanzgebarung fiel niedriger aus als im Vorjahr

(Übersicht 5), bildete aber dennoch eine bedeutende Quelle zur Finanzierung der Leistungen. In der Zeitspanne zwischen Einzahlung der Prämie und Auszahlung der Leistung können die Versicherungsunternehmen die eingenommenen Mittel veranlagen und aus dem Veranlagungsgewinn Abgänge in der versicherungstechnischen Rechnung finanzieren. Diese Kalkulation war in den letzten Jahren weit verbreitet und schlug sich auf Branchenebene in Verlusten in der versicherungstechnischen Rechnung nieder. Erst durch die Finanzerträge erzielte die Versicherungswirtschaft in diesem Bereich ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT). Seit 2012 erreichte die Schaden-Unfallversicherung ein ausgeglichenes versicherungstechnisches Ergebnis, und 2013 verzeichnete sie einen Überschuss von 113 Mio. €. Einschließlich der Finanzerträge erzielten die österreichischen Versicherer 2013 einen Höchstwert des EGT und eine Eigenkapitalrendite von 10,3% (2012: 10,7%).

Trotz Preissteigerungen und Mengenausweitungen nahm das Prämienvolumen in der Schaden-Unfallversicherung nur verhalten zu. Ein beträchtlicher Überschuss in der versicherungstechnischen Rechnung bildete die Grundlage für einen Höchstwert des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

#### Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2009	9.112	697	6.811	11
2010	9.586	828	6.323	21
2011	10.279	901	6.690	31
2012	10.493	1.046	7.086	12
2013	10.639	961	7.194	14
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2009	- 1,0	+ 19,2	+ 7,4	+ 747,5
2010	+ 5,2	+ 18,8	- 7,2	+ 87,1
2011	+ 7,2	+ 8,8	+ 5,8	+ 49,7
2012	+ 2,1	+ 16,2	+ 5,9	- 60,4
2013	+ 1,4	- 8,1	+ 1,5	+ 12,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

## 6. Finanzmarktaufsicht senkt Höchstzinssatz

Die Versicherungsunternehmen standen im Hinblick auf die Veranlagung versicherungswirtschaftlicher Kapitalanlagen auch 2013 vor der Herausforderung, in einer Periode mit niedrigen Zinssätzen auf Staatsanleihen eine Rendite zu erwirtschaften, die eine über die garantierte Mindestverzinsung hinausgehende Gewinnbeteiligung für die Versicherten ermöglicht. Die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen war 2013 weiter rückläufig und lag nur noch knapp über 1% (Übersicht 6). Diese Entwicklung veranlasste die Finanzmarktaufsicht, den höchstmöglichen Zinssatz zur Berechnung versicherungstechnischer Rückstellungen in Lebensversicherungsverträgen von 1,75% weiter auf 1,5% zu senken (BGBl II Nr. 179/2014). Der Höchstzinssatz wird für Verträge gelten, die ab dem 1. Jänner 2015 abgeschlossen werden.

#### Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	In %			
2009	3,3	3,8	3,1	3,8
2010	2,5	4,5	3,9	3,9
2011	2,6	3,7	3,3	3,9
2012	1,5	4,4	3,5	4,5
2013	1,1	4,3	4,0	4,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

*Ungünstige Ertragsaussichten auf dem Kapitalmarkt veranlassten die FMA zu einer Ausweitung der Investitionsmöglichkeiten für Versicherungsunternehmen auf unbesicherte Darlehen an nichtfinanzielle Unternehmen.*

Insgesamt veranlagten die Versicherer 2013 ein Kapital von 83,3 Mrd. €<sup>2)</sup>; davon dienten 70,8 Mrd. € zur Deckung der Ansprüche privater Haushalte aus Lebensversicherungen. Die übrigen Kapitalanlagen waren entweder der Kranken-, Schaden- und Unfallversicherung zuzurechnen, oder sie waren Eigenmittel der Unternehmen. Den Kapitalerträgen von 4,7 Mrd. € standen Aufwendungen von 1,3 Mrd. € gegenüber, sodass die Rendite der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen deutlich über der Sekundärmarktrendite lag, obwohl etwa 80% des Deckungsstockes in festverzinslichen Wertpapieren und Rentenfonds investiert waren und der Anteil von Aktien am Portfolio der österreichischen Versicherer mit etwa 5% weiterhin niedrig war. Die FMA nahm die ungünstigen Rahmenbedingungen für Neuveranlagungen zum Anlass für eine Erweiterung der zulässigen Veranlagungsformen für Versicherungen. Seit Ende 2013 können Versicherungsunternehmen unbesicherte Darlehen an Unternehmen vergeben. Versicherungsdarlehen spielten in der Vergangenheit eine bedeutende Rolle in der Kapitalveranlagung. In den 1970er-Jahren wurde noch die Hälfte des Portfolios in Darlehen gehalten, wobei damals öffentliche Körperschaften als Kreditnehmer auftraten. Da das Kreditgeschäft grundsätzlich den Kreditinstituten vorbehalten ist und die Versicherungsunternehmen keine Expertise auf dem Gebiet der Kreditvergabe an Unternehmen haben, schränkte die FMA in der Novelle zur Kapitalanlageverordnung (BGBl. II Nr. 409/2013) die potentiellen Kreditnehmer auf große Kapitalgesellschaften ein, die mindestens zwei der folgenden drei Kriterien erfüllen:

- Bilanzsumme über 19,3 Mio. €,
- Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor Abschlussstichtag über 38,5 Mio. €,
- im Jahresdurchschnitt mehr als 250 Beschäftigte.

Diese Grenzwerte werden nicht automatisch angepasst. Investitionen in Infrastrukturprojekte sind eine weitere interessante Veranlagungsoption für Versicherungen. Gatzert – Kosub (2014) weisen jedoch auf den Mangel an Daten über diese Veranlagungsform sowie die politischen und regulatorischen Risiken von Infrastrukturinvestitionen hin. Andererseits könnten mit Hilfe eines partiellen internen Modells die spezifischen Risiken von Infrastrukturprojekten berücksichtigt, und durch die niedrige Korrelation mit Ertragsraten anderer börsennotierter Wertpapiere die Eigenmittelerfordernisse in Summe gesenkt werden.

## 7. Literaturhinweise

- Cummins, J. D., Nini, G. P., "Optimal Capital Utilization by Financial Firms: Evidence from the Property-Liability Insurance Industry", *Journal of Financial Services Research*, 2002, 21 (1-2), S. 15-53.
- Cummins, J. D., Weiss, M. A., Xie, X., Zi, H., "Economies of Scope in Financial Services: A DEA Efficiency Analysis of the US Insurance Industry", *Journal of Banking and Finance*, 2010, 34(7), S. 1525-1539.
- FMA, Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde 2013, Wien, 2014.
- Gatzert, N., Kosub, T., "Insurer's Investment in Infrastructure: Overview and Treatment Under Solvency II", *Geneva Papers*, 2014, 39(2), S. 351-372.
- Homburg, C., Koschate, N., Hoyer, W. D., "Do Satisfied Customers Really Pay More? A Study of the Relationship Between Customer Satisfaction and Willingness to Pay", *Journal of Marketing*, 2005, 69(2), S. 84-96.
- Schmeiser, H., Störmer, T., Wagner, J., "Unisex Insurance Pricing: Consumers' Perception and Market Implications", *Geneva Papers*, 2014, 39(2), S. 322-350.
- Stoyanova, R., Gründl, H., "Solvency II: A Driver for Mergers and Acquisitions", *Geneva Papers*, 2014, 39(3), S. 417-439.
- Swiss Re, "World Insurance in 2013", *Sigma*, 2014, (3).
- Url, Th., "Lebensversicherung leidet weiter unter niedrigem Zinsniveau", *WIFO-Monatsberichte*, 2013, 86(9), S. 769-779, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46947>.

<sup>2)</sup> Guthaben bei Kreditunternehmen, Wertpapiere, Darlehensforderungen und Polizzendarlehen, Grundstücke, Beteiligungen und sonstige Kapitalanlagen.